



Haushaltsrede 2024

27.01.2025

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Rückert,  
Sehr geehrte Damen und Herren im Kreistag,

Jeden Tag lesen und hören wir die schlimmsten Berichte über Kriege in Europa, Afrika, dem Nahen Osten und damit einhergehendes Leid für Millionen betroffener Menschen. Plötzliche Großreichsphantasien und ungerechtfertigte Machtansprüche von Diktatoren haben die Sicherheit zu Nichte gemacht, welche sich unsere demokratische Ländergemeinschaft im Verlauf der letzten 80 Jahre mit Verträgen gegeben haben, um ein friedliches Zusammenleben zu sichern.

Unsere Bürger\*innen wurden dadurch in emotionaler, sozialer und nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht stark belastet.

Verschiedene Gruppierungen werden immer lauter, die die wachsende Unsicherheit und Angst von Menschen schüren und so versuchen, unserer Gesellschaft zu spalten, um ihr meist antidemokratisches Süppchen zu kochen.

Plötzlich werden Menschen einsortiert in wertvoll, mit dem Recht hier zu leben und wertlos, ohne Rechte.

Frauenrechte werden massiv in Frage gestellt, sie sollen durch verklausulierte Formulierungen zu Gebärmaschinen degradiert und als Dienerinnen zurück an den Herd geschickt werden.

Reaktionären, rechtspopulistischen Kräfte stehen für ein systematisches Zurückdrängen der Frauen aus der Arbeitswelt und Öffentlichkeit und versuchen damit gleichwertige gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen und Männer zu verhindern.

Die Sprache der Rechtspopulisten führt zu einer stetigen gesellschaftlicher Verrohung und Enthemmung.

Besonders hoch ist der Anstieg bei frauenfeindlichen Straftaten als Teil der politisch motivierten Kriminalität. Mit 322 Straftaten im Berichtsjahr 2023 des BKA wird ein Anstieg um 56,3 Prozent zum Vorjahr verzeichnet.

Dagegen müssen alle Demokraten und DemokratInnen zusammen stehen!

Seit Corona befinden wir uns in einer Dauerkrise.

Ein Krisenfeld, das schon lange vor dieser Zeit erkannt, aber nie wirklich effizient angegangen wurde, ist die Klimakrise.

Schon vor zwei Jahrhunderten wurde der Treibhauseffekt entdeckt. Kohlendioxid als Treibhausgas ist seit den 1850er Jahren bekannt - übrigens entdeckt durch eine Frau, die Amerikanerin Eunice Foote.

Heute lesen und sehen wir die gravierenden und zum Teil tödlichen Folgen unseres respektlosen Handelns gegen die Natur. Der Klimawandel macht nicht nur Teile unserer Erde unbewohnbar für Mensch und Tier, er löst Umweltkatastrophen aus wie Hochwasser, Brände und Stürme, die tausende Menschenleben kosten und vielen das sichere Heim zerstören. Und das auch unmittelbar vor unserer Haustüre.

Die Versicherer haben zum Ende des Jahres 2024 die Umweltschäden allein in Deutschland mit 5,5 Milliarden € beziffert. Wir werden immer mehr finanzielle Ressourcen zur Reparatur der Klimafolgen aufwenden müssen und haben dann im Umkehrschluss immer weniger Mittel, um Aufgaben vor Ort leisten zu können. Die finanziellen Auswirkungen der mannigfaltigen Krisen sehen wir ganz deutlich auch in unserem Landkreis. Unser Gesundheitswesen ist ein Beispiel dafür.

### **Krankenhaus**

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft stellt fest, dass seit 2020 bundesweit bereits mehr als 60 Krankenhäuser geschlossen wurden, mit der jetzigen Reform ist prognostiziert, dass es ca. 400 weitere treffen wird. Beängstigend ist die fortgesetzte Privatisierungen und auch diese Krankenhäuser verzeichnen hohe Defizite – 80% aller Krankenhäuser in Deutschland sind z. T. dramatisch defizitär. Privatisierung ist also auch keine Lösung.

Die Versorgung soll im wesentlichen ambulant durchgeführt werden. Doch auch bei einer Ambulantisierung fehlen Kapazitäten – gerade werden 16 ambulante Versorgungszentren in Baden Württemberg geschlossen.

Die Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens ist ein massiver Angriff auf die zentrale Grundlage unserer Gesellschaft in der gleichwertige Gesundheitsversorgung für alle bestehen sollten.

Bund und Land kommen ihrer Verpflichtung seit langem nicht mehr nach.

Das zeichnet sich auch hier im Landkreis schon über Jahre ab. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung werden immer höher und belasten den Landkreis und unsere Kommunen extrem stark.

Es hat lange gedauert, bis sich der Landkreis dazu entschlossen, hat rechtliche Schritte gegen Bund und Land einzuleiten – Ob und wie schnell es die desaströse Finanzsituation unseres Krankenhauses verbessert, lässt sich nicht abschätzen.

Wichtig ist uns als Fraktion Frauen in den Kreistag natürlich die medizinische Versorgung von Frauen und Kindern. Nicht zuletzt wir Frauen haben spezifische Gesundheitsbedürfnisse, die eine umfassende, differenzierte und flächendeckende Versorgung erfordert.

Die Klassifizierung gemäß der Gesundheitsreform in die Versorgungsstufe Level II ist Stand heute wohl für das KH FDS anzunehmen.

Damit dürften die Abteilungen der allgemeinen Frauenheilkunde, der Geburtshilfe, die Perinatale Versorgung, die allgemeine Kinder und Jugendmedizin, das Brustzentrum, gesichert sein.

Ca. 6000 Patientinnen wurden 2024 ambulant in der Frauenklinik versorgt.  
Bei den knapp 1100 Geburten konnte die Kaiserschnittrate in unserem Krankenhaus in den letzten Jahren von 35% auf jetzt 28% gesenkt werden.  
Ein großer Gewinn für die Gebärenden. Ist doch wissenschaftlich festgestellt, dass Kaiserschnittgeburten in nicht wenig Fällen Gewalt gegen Frauen darstellt, da sie unter der Geburt zu einem Kaiserschnitt gedrängt werden.  
Zahlen, die den Vergleich mit anderen Kliniken nicht scheuen müssen und die hervorragende medizinische Versorgungsarbeit der Beschäftigten im Krankenhaus dokumentieren.

An dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle Ärzt\*innen und das gesamte Pflegepersonal.

Um der Daseinsfürsorge im Landkreis nachkommen zu können, kann es erforderlich werden, das Leistungsspektrum im Krankenhaus zu erweitern.

Ein Abbau des jetzt breit aufgestellten Leistungsspektrums birgt die Gefahr, dass die ärztliche Weiterbildung nicht aufrechterhalten werden kann und damit der Gewinnung weiterer Fachkräfte, die vielleicht auch den Weg in eine Praxisniederlassung im Landkreis finden, entgegensteht.

Sollte sich durch eine angestrebte externe Untersuchung zeigen, dass gewisse Leistungsspektren verlagert werden müssen, weil sie weder gewinnbringend noch an der Stelle sinnhaft untergebracht sind, werden wir das unterstützen unter der Prämisse, dass das Krankenhaus weiter als akademisches Lehrkrankenhaus Bestand hat.

Hier stehen wir für die aktive Einbindung der Beschäftigten in den gegebenen falls erforderlichen Umbauprozess und haben hierzu bereits einen Antrag gestellt.

Es ist wichtig, dass alle Entscheidungsträger im Krankenhaus und der Politik an gemeinsamen Lösungen arbeiten, um Kosten zu senken, die Effizienz zu steigern und Ressourcen sinnvoll einzusetzen. Die weiterhin gute und breite Gesundheitsversorgung für alle Bürger\*innen im Landkreis muss dabei sichergestellt bleiben.

## **Gleichstellung**

Gleichstellung wird in der derzeitigen politischen Landschaft zu einem äußerst wichtigen Thema. Gleichstellung von Frauen und Männern ist eines der grundlegenden Menschenrechte und seit 1949 im Grundgesetz verankert.  
Leider sind wir davon noch weit entfernt.

Deshalb ist die Gleichstellungsbeauftragte, deren Querschnittsaufgabe in alle Bereiche unseres Landkreises hineinwirkt, sehr wichtig.

Sie spielt eine zentrale Rolle für die Gleichstellungspolitik im ländlichen Raum.  
Das breite Aufgabenspektrum, welches in die Kreisverwaltung aber auch in den Landkreis wirkt, finden sie auf der Homepage des Landkreises – es hat Geltung für Frauen und Männer.

Wichtige Themenfelder sind z. B. mangelnde Verfügbarkeit von Kinderbetreuung vor Ort, prekäre Arbeitssituationen für Frauen und schlechte Erreichbarkeit von

Unterstützungsangeboten.

Fehlen diese Strukturen wandern gerade junge Frauen, junge Familien aus ländlichen Räumen in die Städte ab.

Ein Beispiel dazu:

Die gute Vereinbarkeit von Frau und Beruf unterstützt Betriebe, die unter Fachkräftemangel leiden. Viele gut ausgebildete Frauen könnten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die derzeit massive Altersarmut von Frauen würde so langfristig verringert werden.

Eine signifikante Entlastung der Sozialsysteme mit ihren Grundsicherungsmaßnahmen wäre die Folge.

Ein sicher bemerkenswertes Einsparpotenzial für jeden kommunalen Haushalt.

Wir haben in unserem Landkreis eine Gleichstellungsbeauftragte, die ihr breites Aufgabenspektrum mit einer 50% Stelle ohne Sekretariatsunterstützung nur partiell leisten kann. Eine aus unserer Sicht notwendige Erhöhung des Stellenanteils wurde vor einigen Jahren vom Kreistag abgelehnt.

Eine Sekretariatsunterstützung würde ihr bei ihren vielfältigen Aufgaben eine große Hilfe sein. Wir haben dazu einen Antrag formuliert. (Gegenfinanziert werden könnte der Stellenanteil aus Einsparungen die sich aus unserem Antrag zum ÖPNV ergeben würden)

### **Bekanntnis zur Istanbul Konvention**

Mit der Inkraftsetzung der Istanbul-Konvention im Februar 2018 wurden umfassende und koordinierte Maßnahmen bzgl. Prävention, Schutz und Beendigung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sowie deren Strafverfolgung in unserem Land rechtsverbindlich.

Die Verwirklichung der rechtlichen und der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein wesentliches Element zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen.

Die Zahlen der Polizeidirektion Pforzheim, zu deren Einzugsgebiet der Kreis Freudenstadt gehört, sprechen eine erschreckende Sprache.

So wurden im Jahr 2023 729 Delikte häuslicher Gewalt polizeilich erfasst. Dies entspricht einem Anstieg um 40,5% im Vergleich zum Vorjahr.

Für den Kreis Freudenstadt wurden in diesem Zeitraum 164 Fälle häuslicher Gewalt polizeilich registriert, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um knapp 48% entspricht.

Ihre Zustimmung zu diesem Antrag, meine Damen und Herren, wäre ein starkes Zeichen in unserem Landkreis, dass Frauenrechte und vor allem das Recht auf ein gewaltfreies Leben nicht verhandelbar sind!

Für den Landkreis hätte dieses Bekenntnis zunächst keine finanziellen Folgen.

Sollten sich in den kommenden Jahren daraus Kosten entwickeln, wären diese jeweils durch den Kreistag zu genehmigen.

### **ÖPNV**

Wichtig ist uns auch die Teilhabe mobilitätseingeschränkter BürgerInnen am gesellschaftlichen Leben. Dazu braucht es die Option, mobil zu sein.

Unser Antrag, dass die Verwaltung die Baukosten am Fahrbahnrand zur Erreichung von

barrierefreien Bushaltestellen den Kosten der Umrüstung der Busse im Nahverkehr mit voll elektrischen Einstiegshilfen gegenüberstellen möge, kann bei Umsetzung den Haushalt des Landkreises entlasten.

Ziel dieser Erarbeitung ist es, in Zeiten prekärer Haushaltslage schnellstmöglich und kostengünstig die Teilhabe mobilitätseingeschränkter BürgerInnen am gesellschaftlichen Leben zu erreichen, denn der Umbau zu barrierefreien Bushaltestellen bei der Vielzahl in unserem Landkreis und den damit verbundenen hohen Kosten wird voraussichtlich Jahre andauern.

### **Angsträume**

Ein weiterer Antrag soll allen Bürger\*innen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum ein selbstbestimmtes Leben ohne Angst ermöglichen. Aktuell wurde am 17.01.25 eine Studie des Innenministeriums BW vorgestellt, mit der zentralen Aussage, dass sich fast jeder zweite Mensch in Baden Württemberg nachts unsicher fühlt.

Deshalb stellen wir den Antrag, dass an Wartehäuschen und Haltestellen des Regionalverkehrs im Landkreis Hinweisplakate zum Hilfesystem wie z.B. dem bundesweiten Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen, dem Hilfetelefon Gewalt an Männern, Polizeinotruf, usw., wettersicher angebracht werden.

Auch in und eventuell an Bussen des Regionalverkehrs sollen entsprechende Hinweise durch Aufkleber etc. angebracht werden.

Die Überprüfung der Beleuchtung und die ungehinderte Einsehbarkeit von Wartehäuschen und Haltestellen sollen gewährleistet werden.

Beim Landratsamt sollte einer Service-Nummer eingerichtet werden, bei der Bürger\*innen Angsträume melden können, so dass hier entsprechend Abhilfe geschaffen werden kann.

Zum Abschluss unserer Reden noch eine Anmerkung.

Unsere vorherige Fraktionssprecherin Frau Altendorf-Jehle hat immer wieder angemahnt, dass Anträge der Fraktion Frauen in den Kreistag in diesem Gremium nicht bearbeitet wurden.

Auch Kreisrätinnen und Kreisräte anderer Fraktionen sprechen von liegengebliebenen Anträgen. Deshalb stellen wir den Antrag, dass die Anträge aller Fraktionen der jeweils aktuellen und letzten Legislaturperiode mit ihrem entsprechenden Status in Mandatos stets aktualisiert eingestellt werden, damit jedem Kreisrat und jeder Kreisrätin diese Information zugänglich ist.

Dies erübrigt Nachfragen und es entstehen keine Mehrfachanträge.

Mit unserem Dank an die Verwaltung sowie der Hoffnung, dass dieses Gremium kreative Lösungen für die anstehenden großen Aufgaben der nächsten Jahre finden möge und einem Zitat von Nelson Mandela möchten wir zum Ende unserer Haushaltsrede kommen.

Frei sein bedeutet nicht nur, die eigenen Ketten loszuwerden, sondern auf eine Weise zu leben, die die Freiheit anderer verbessert und respektiert (Nelson Mandela)

Martina Sillmann  
Christina Nuss  
Uta Schumacher/ (Anita Frank)

Frauen in den Kreistag